

Die Entwicklungsproblematik im Spiegel ihres europäisch-abendländischen Erbes.

Auf der Wegsuche von der "alten" zur "neuen" Weltwirtschaftsordnung.

Pichler, J. Hanns

Published in:
Der Unternehmer und die Geschichte. Festschrift für Alois Brusatti

Published: 01/01/1979

Document Version:
Publisher's PDF, also known as Version of record

Document License:
Other

[Link to publication](#)

Citation for published version (APA):
Pichler, J. H. (1979). Die Entwicklungsproblematik im Spiegel ihres europäisch-abendländischen Erbes. Auf der Wegsuche von der "alten" zur "neuen" Weltwirtschaftsordnung. In *Der Unternehmer und die Geschichte. Festschrift für Alois Brusatti* (pp. 104-120). Verein der wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiete der Unternehmerbiographie und Firmengeschichte.
https://www.wu.ac.at/fileadmin/wu/d/i/geschichte/Oegu/oegu_band8.pdf

J. Hanns Pichler, Wien

Die Entwicklungsproblematik im Spiegel ihres europäisch-abendländischen Erbes

Auf der Wagsuche von der „alten“ zu einer „neuen“ Weltwirtschaftsordnung

„The fashionable ‚progressive‘ view for decades has been that economic development would more or less automatically produce political stability . . . that there was a sort of automatic stabilising factor in economic development. This has turned out to be clearly wrong.“

Henry Kissinger (1)

Sinnfrage und äußeres Szenario

Spätestens seit Mitte der sechziger Jahre ist die Frage nach dem Sinn weltweiter Entwicklung und damit auch Entwicklungshilfe bzw. ihrer Politik zunehmend in den Brennpunkt kritischer Prüfung und Betrachtung gerückt, nicht unbeleckt zugleich von gewissem Zynismus oder gar von Desillusion, einschließlich einer grundsätzlichen Infragestellung bisher weitgehend festgefügt scheinender Begriffe und Konzepte.

Äußerlich spiegelte sich dies nicht zuletzt materiell in zumindest relativ stetig absinkenden Entwicklungshilfeleistungen bei parallel dazu drängenden und wohl auch komplexer werdenden Problemen in der Dritten Welt an sich. Mobilisierten beispielsweise die USA in den fünfziger Jahren im Rahmen des Marshall-Planes noch über zwei Prozent ihres Nationalproduktes für die Region Europa allein, sank in der gegenwärtigen „Entwicklungsdekade“ der relative Anteil ihrer offiziellen Entwicklungshilfe, weltweit gestreut, auf rund 0,25 Prozent, also auf ungefähr ein Zehntel; für die OECD-Länder insgesamt halbierte sich derselbe relative Anteil auf wenig mehr als 0,3 Prozent von 1960 bis Mitte der siebziger Jahre und stagniert seither mehr oder

weniger (von Ausnahmen einzelner Länder abgesehen) auf so reduziertem Niveau. (2)

Zugleich festigte sich mit der Massierung materieller wie gesellschaftlicher Zwänge, verbunden mit zunehmend kritischem „Erwachen“ in den Entwicklungsländern, das Bewußtsein ihres Anspruches auf unmittelbare Teilhabe, Mitentscheidung und Mitgestaltung an der weltwirtschaftlichen Entwicklung, was verstärkt auch in Repräsentation und Einfluß in internationalen Foren sich manifestiert, wie z. B. bei den UNCTAD- oder UN-Sonderkonferenzen, in der „Gruppe der 77“, UNIDO und deren einschlägigen Resolutionen (etwa die sogenannte Lima-Deklaration u. a.).

Unzureichend, ja teilweise hilflos erwiesen sich nur zu oft die gehandhabten Konzeptionen im bisherigen Entwicklungsprozeß gegenüber der Realität und Herausforderung komplexer und sich vertiefender Probleme. Selbst unter der – nicht unmittelbar realistischen, entwicklungsstrategisch gesehen eher fatalen – Annahme eines Nullwachstums der Industrieländer, würden sogar die reicheren Entwicklungsländer, gemessen an ihren keineswegs unbefriedigenden Wachstumsraten in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, immerhin noch an die drei Generationen benötigen, um im Pro-Kopf-Einkommen gleichzuziehen (für die ärmeren und ärmsten wäre es ein zehnfach prolongierter Prozeß von rund 750 Jahren!); bei gleichzeitig angenommenem „normalen“, wenn relativ auch langsamerem Wirtschaftswachstum der Industrieländer wäre dieser Aufholprozeß zwangsläufig ungleich länger (auch für die reicheren Entwicklungsländer eine Spanne bis zu 2200 Jahren!).

Dies sind zum Teil gewiß nur Zahlenspiele, und zweifellos entbehrt die Vorstellung eines weltweiten Industriekapitalismus für jedermann (wie etwa in der genannten „Lima-Deklaration“, (3) wonach bis zur Jahrtausendwende der Anteil industrieller Produktionskapazitäten in den Entwicklungsländern von derzeit 7 auf 25 Prozent gesteigert werden soll) nicht eines gehörigen Schusses Naivität; ihre möglichen Implikationen haben geradezu Alpträumhaftes an sich. Dennoch stellt sich die Frage sinnvoller wirtschaftlicher Eingliederung und Beschäftigung der mit dem Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt heute millionenfach Unterbeschäftigten bzw. völlig Arbeitslosen als zentrales Problem von latenter sozialer Sprengkraft, das bislang verfolgte Strategien längst überrollt zu haben scheint. Diesbezügliche Schätzungen zeigen, (4) daß in den siebziger Jahren allein bis zu 300 Millionen zusätzliche potentielle Arbeitskräfte auf die Arbeitsmärkte der Dritten

Welt drängen und etwa dieselbe Anzahl bereits mehr oder weniger arbeitslos war; bis zur Jahrtausendwende werden weitere rund 700 Millionen dazukommen, was bedeutet, daß – nach herkömmlich industrieller Vorstellungsweise – über die nächsten 20 Jahre rund 30 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen werden müßten, um nur mit dieser Ausweitung des Beschäftigungspotentials Schritt zu halten.

Probleme solcher Dimensionen haben zur Fragestellung bzw. Suche nach neuen Wegen und Konzeptionen in Ansätzen bereits in den sechziger Jahren (beispielsweise mit dem sogenannten „Pearson-Report“) (5) Anlaß gegeben. Ein international angesehener, sozusagen an vorderster Front mitagierender Entwicklungsökonom konnte so vor geraumer Zeit aus selbstkritischer Sicht bereits feststellen: „Was hier wirklich in Frage steht, sind überkommene ... klassische Wirtschaftsdoktrinen, ihre Institutionen und Politik. Es ist ein Stadium erreicht, wo wir am Ende des Weges angelangt, und es ist an der Zeit, wir überprüfen von neuem, was die eigentlichen Ziele von Entwicklung seien.“ (6) Hierin in der Tat liegt die schwierige, eine nicht zuletzt geistige Herausforderung – auch im Denken.

Diese Sinnfrage nach den Zielen stellt sich zweifach: einmal aus unmittelbarer Erfahrung, aus einem Lernprozeß und sich konkretisierender Bewußtseinsbildung in den Entwicklungsländern selbst; zum anderen als allgemeine Besinnung bzw. Kritik gegenüber bislang verfolgten Strategien im Sinne einer Inventur von weitgehend wohl auch unreflektiert angenommenen Modellvorstellungen und Konzeptionen. (7)

Geistesgeschichtlich-theoretisches Erbe

Die Frage nach dem „Warum“, den Gründen enttäuschter Hoffnungen oder gar des Versagens angewandter Strategievorstellungen wie sie – auch seitens der Entwicklungsländer – über eine geraume Zeit weithin durchaus als positiv akzeptiert wurden, ist letztlich eine nach deren grundlegendem Wesen und Inhalt, nach ihrer Tragfähigkeit mit weltweitem Anspruche im auch geistigen Sinne.

Daraufhin kritischer besehen, scheinen wir gewappnet und ausgestattet mit Konzepten, die entscheidend geprägt von westlich-abendländischen Vorstellungsinhalten und Verhaltensweisen, erwachsen aus spezifisch europäisch geformter Tradition bzw. Evolution unserer Indu-

striesellschaften über an sich nur knapp zwei, in geschichtlicher Sicht zweifellos kurze Jahrhunderte. Ein Erbe allerdings auch mit unleugbarem, vor allem wirtschaftlich-materiellem Erfolgsanspruch und damit zugleich ein geschichtsmächtiges Leitbild, gewachsen in einer ihr geistig affinen, entsprechend „systemkonformen“ Umwelt; (8) ein Leitbild aber auch, das in globaler Sicht, geistig wie geschichtlich, eine Art zeitlich bedingten regionalen Sonderfall darstellen mag mit natürlichen Schranken und Grenzen möglicher Assimilation weltweit. Dafür kennzeichnend und prägend zugleich, um nur einen geistesgeschichtlich grundlegenden Aspekt herauszuheben, ist die so spezifisch abendländisch und mit religiös fundierte Ethisierung dessen, was wir unter „Arbeit“ verstehen, wie anderswo eben nicht vergleichbar; (9) einschließlich ihrer damit verbundenen gesellschaftlichen, sodann vor allem wirtschaftlich-materiell nachvollzogenen, profanierenden Sinngebung als (letztlich sogar substituierbarem) Faktor, als „Ware“ im Sinne einer dazu gelieferten speziellen Doktrin in Form der klassischen Nationalökonomie. Deren Ansätze und Modellvorstellungen sind es demnach im wesentlichen auch, die als Systemgrundlagen einer „alten“ Ordnung heute mit der Frage nach neuen Leitbildern globaler Ordnungsvorstellungen und Strategien einer kritischen Herausforderung und Probe unterstellt sind.

Betrachten wir nun von dieser mehr grundlegenden Warte aus die herkömmlichen, weltwirtschaftlich orientierten Strategieansätze, ergeben sich zwei grundsätzliche Schwerpunktorientierungen als kennzeichnend und dominierend zugleich für die „alte“ Ordnung, die deren theoretische Fundierung, aber auch politische Ausformung und Konkretisierung (und so auch mit dem aktuellen Dialog um eine „neue“ Ordnung) entscheidend prägen, nämlich:

- vorwiegend „nach außen“ (handelsorientiert),
- vorwiegend „nach innen“ (investitionsorientiert).

Beherrschend und charakteristisch für die erste Konzeption wurde das Ricardisch-klassische „laissez-faire“ als Prinzip internationalen Handels schlechthin, (10) wie dies zumindest in Ansätzen zunächst im Rahmen des Völkerbundes auch entwicklungspolitisch, als damals wohl erstmals supranational bzw. multilateral bewußtere Formulierung von Entwicklungsstrategie im heutigen Sinne, zu verwirklichen versucht wurde. Die inwärts gewandte investitionsbetonte Orientierung erfuhr ihre konzeptionelle Ausprägung in der modernen Wachstumstheorie, wie sie insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg weltweite pragmatische Ausformung und Anwendung im Rahmen konkreter Entwick-

lungsplanung fand. Zur außen gewandten Konzeption kam so gewissermaßen als Pendant eine betonter nach „innen“ gerichtete Investitions- und Akkumulationsorientierung. Beide Ansätze fußen theoretisch jedoch auf durchaus klassischen Voraussetzungen und Grundannahmen, beide haben damit im wesentlichen auch eine gleichgerichtete – vorwiegend wohl materiell bestimmte – Vorstellung von Entwicklung gemein. Beiden haftet in ihrer Mechanik und den daraus abgeleiteten Rezepturen zugleich eine sozusagen inhärente Tendenz an zu struktureller Verzerrung, zu einseitiger Ausrichtung nach den jeweils gegebenen effizienteren „Kapitalverwertern“, sei es nun in der Konzeption eines „freien“ Handels, sei es in der Allokation von Kapitalinvestitionen.

Als Strategien „alter“ Ordnungsvorstellung scheint ihnen damit ein gleichsam unentrinnbarer Zug zu wirtschaftlicher Ungleichheit innewohnen, scheint das so brennende Problem einer schier unüberwindbaren Lücke, der „gap“ zwischen arm und reich im weltwirtschaftlichen Sinne, gewissermaßen mit in das System eingebaut; ja die klassische Freihandelsdoktrin – wie z. T. radikaler auch argumentiert (11) – liefere geradezu die theoretische Fundierung dieser „Lücke“.

In vielbeachteter, profunder entwicklungspolitischer Sicht und Kritik hat denn auch Ragnar Nurkse früh schon auf die Folgen solcher Einseitigkeit verwiesen: als einen Weg in die „Frustration isolierten Fortschritts“; als eine Zementierung struktureller Ungleichgewichte und Verzerrungen statt Förderung einer „gegenseitig sich ergänzenden Vielfalt ... in den verschiedenen Produktionsbereichen bei gleichzeitiger Erweiterung von Marktpotenzen und Stimulierung eigenständiger Aktivität“. (12)

Von „alten“ zu „neuen“ Vorstellungsinhalten

Auf ihren theoretischen Gehalt hin durchleuchtet, erweisen sich herkömmliche Strategien von Entwicklung wie deren politisch-pragmatische Verwirklichung als ihrem Wesen nach somit durchaus „klassisch“, oder spezifischer: dem – wenn mannigfach auch gewandelten – Grundmuster europäisch industriell geprägter Tradition verhaftet mit all den systemimmanenten Inhalten, die darum sich ranken. Geläufige Begriffe wie Nutzen, Ertrag bzw. Profit, oder etwa das Eigentum an Produktionsmitteln, die u. a. als entscheidende dynamische Faktoren

und „Motoren“ überkommener Systemvorstellungen anzusehen sind, bieten zugleich wesentliche Ansatzpunkte für Kritik wie Diskussion um eine „neue Ordnung“.

Wenn vielfach auch eher vordergründig bloß oder z. T. gar verschwommen, ist zweifellos die tiefere Fragestellung bzw. Rechtfertigung solcher Kritik eine legitime. Allerdings scheint die Debatte weltwirtschaftlich wie entwicklungsstrategisch teilweise zumindest im Hinblick auf tatsächliche neue Ordnungsvorstellungen am Wesentlichen auch vorbeizuzielen. Welch ausgeprägter Veränderung unterlag an sich doch der „Kapitalismus“ industrieller Prägung in seinem geschichtlichen Wandel bis hin zum gegenwärtigen Anblick marktwirtschaftlicher Mischsysteme: viel ausgeprägter wohl – um nur den so „kapitalistisch“ behafteten Aspekt der „Akkumulation“ herauszugreifen – als die relative Starre eines Staatskapitalismus östlicher Prägung. Das hat auch den Realgehalt traditionell besetzter Begriffe, wie angeführt, längst entscheidend relativiert. Man denke nur, wie inhaltlich vielschichtig sich z. B. der Begriff des Eigentums unter gemischtwirtschaftlichen Systembedingungen heute präsentiert oder wie relativiert, ja weithin ausgehöhlt die dereinst klassische Vorstellung des „Eigentümerunternehmers“! (13)

Viel entscheidender und weltwirtschaftlich relevanter erscheint demgegenüber die „freie“ (gewiß stets auch nutzenorientierte) Mobilität bzw. potentielle Mobilisierbarkeit von Produktionsfaktoren und deren Output an sich. Wurzelnd in aufklärerisch klassisch-liberalen Souveränitäts- und Ordnungsvorstellungen, liegt hierin die eigentliche Problembeladenheit und der aktuelle Konfliktstoff gegenüber der Realität zunehmender weltwirtschaftlicher (aber auch weltpolitischer) Interdependenz. Anders als in individualistisch-„klassisch“ (wie auch marxistisch) eng gezogener Macht- bzw. Verfügbarkeitsbetrachtung, bedeutet dies heute die Mobilität von Arbeit, von Rohmaterialien und Kapital im weiteren Sinne als zwangsläufig über Souveränitätsschranken hinaus wirksame Triebkraft wirtschaftlicher Expansion und Dynamik.

Über nationale Grenzen und Gegebenheiten hinweg gründet entscheidend darin auch die Herausbildung von „Zentren“, Subzentren und „Peripherien“ der Weltwirtschaft in ihrer heute verstärkt ins Bewußtsein gerückten Problematik von Gegensätzen:

- mit einer sozusagen systeminhärent natürlichen Konzentration technologisch fortgeschrittenster und damit entsprechend überlegener Faktorkombination in den Zentren in einem mehr oder weniger sich

- selbst perpetuierenden und fortzeugenden Prozeß;
- mit einer so sich stetig weitenden weltwirtschaftlichen Disparität, jener „Lücke“, die – wie schon aufgezeigt – in den Systemvoraussetzungen mit angelegt scheint und sich nicht nur weltwirtschaftlich materiell (etwa einkommensmäßig) darlebt, sondern viel umfassender auch organisatorisch-administrativ wie letztlich politisch und gesellschaftlich-kulturell, mit allen Konsequenzen eingeschränkter Freiheitsräume und Entfaltungsmöglichkeiten bis hin an die Grenze menschlich entwürdigender, absoluter Armut;
 - mit weiters der Tatsache auch, daß nicht mehr als etwa ein Fünftel der Menschheit am weltwirtschaftlichen „Fortschritt“, an sozusagen der unmittelbaren Front der Dynamik und Entwicklung in den Zentren überhaupt teilhat, während der Rest gefangen bleibt in einem fortgesetzten Prozeß diskriminierender Arbeitsteilung, der als Teil gewissermaßen des klassisch-theoretischen Erbes sich vordergründig etwa in den relativen Austauschbedingungen widerspiegelt: verstanden nun nicht mehr bloß im Sinne einfacher terms of trade (also in so viel Einheiten Rohstoffe gegenüber so viel an Fertigprodukten), sondern im komplexeren Vergleich des jeweiligen Preis- und Kostengefüges insgesamt, damit eines umfassenderen Spektrums von Effizienzgrundlagen (des Standes von Wissenschaft und Technik etwa in den Zentren gegenüber dem relativ oder überwiegend ungelerten Faktor Arbeit und seinen Produktionsbedingungen in den Peripherien);
 - schließlich, mit dem gegenüber den Peripherien sozusagen zwangsläufigen Gegenbilde in der Hypertrophie einer „Überentwicklung“ um beinahe jeden Preis in den Zentren, einschließlich weithin künstlicher Bedarfsweckung und Überbefriedigung von Bedürfnissen mit ihren bekannten Rückwirkungen auf Gesellschaft und Umwelt samt deren Konsequenzen weltweit.

Dennoch, und auch das gehört zur Realität, ist dies eben bei aller Kritik zugleich das System, sind dies die Grundlagen und Denkweisen, die eingefahren und vertraut, die geschichtlich geformt und institutionell verankert – somit *volens nolens* dominierend; nicht zuletzt, auch das sei vermerkt, als Leitbilder und Denkweisen in den Entwicklungsländern und deren Führungskadern, in den Peripherien selbst. Die gängige Diskussion um konkrete Ansätze bzw. Alternativen einer neuen weltwirtschaftlichen Ordnung ist davon nur zu deutlich geprägt; gar manche von den hier kritisch skizzierten „alten“ Vorstellungen findet sich wieder im Gewande sogenannter „neuer“ Inhalte.

Tastende Vorschläge und Ansätze

Die in neueren und umfassenderen Konzeptionen gestellten Forderungen, wie unvollkommen sie auch sein mögen, lassen in Ansätzen immerhin ein Ahnen der Notwendigkeiten für eine zunehmend sich ausgliedernde und verflechtende Weltwirtschaft erkennen. Hervorzuheben unter diesen, nicht zuletzt auch pragmatisch bedeutsamen Versuchen einer grundlegenden Sichtung der Problemlage im Sinne zugleich einer Inventur von Konzepten wären im besonderen folgende:

Der in diesem Zusammenhange vielleicht überhaupt erste, umfassendere wie auch institutionell international getragene Anlauf mit dem sogenannten „Pearson-Report“ (1969) (14) unter der erklärten Zielsetzung, „... eine Studie über die Folgen zwanzigjähriger Entwicklungshilfe ... und auf dieser Basis grundlegende Vorschläge für die Entwicklungsstrategie für die siebziger Jahre und darüber hinaus ...“ zu liefern. Die darin enthaltene Kernforderung nachhaltiger Widmung von zumindest 0,7 Prozent der Bruttonationalprodukte der Industrieländer für (offizielle) Entwicklungshilfe wird heute – wie bereits angedeutet – von den sogenannten DAC-Ländern (15) bestenfalls zur Hälfte erfüllt. Andere darin ebenfalls angeregte Zielvorstellungen, die teilweise vielleicht wesentlicher, wurden in einer mehr stillen Revolution allerdings durchaus positiv erfüllt. So vor allem die grundlegende Reorientierung der Anleihepolitik auf institutioneller Ebene (wie Weltbank, regionale Entwicklungsbanken, aber auch bilaterale Programme) mit einer mittlerweile vollzogenen strukturellen wie sektoralen Schwerpunktverlagerung in Projekt- und Anleihepolitik, die noch vor nur zehn Jahren schlechthin undenkbar gewesen wäre. Konkret bedeutet dies u. a.

- bewußte Projektorientierung und Mittelverwendung auf – ehemals als „weich“ bzw. überhaupt unfinanzierbar erachtete – Bereiche zur direkten Produktivitätssteigerung der Masse der Armen an der „Basis“ (wie „integrierte“ ländliche Entwicklung, besondere Arbeitsbeschaffungsprogramme in städtischen Ballungsräumen etc.), damit Betonung von Produktivitätssteigerung in bislang als wenig „effizient“ erachteten Bereichen und Sektoren als Inangangsetzung wirtschaftlicher Dynamik sozusagen „von unten“;
- Transformation bestehender Institutionen im Sinne direkter Reformen statt herkömmlichen „bequemen“ Verlassens auf Preismechanismen oder Verteilungseffekte als mögliche mittelbare Folgewirkung bereichsferner Investitionen;

- verstärkte Beachtung unmittelbarer Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse anstatt über eine vielfach verzerrt reflektierte Nachfrage auf Märkten;
- bewußtes Hinwirken schließlich auf eine Restrukturierung politisch-ökonomischer Machtverteilungen nach entsprechend gesellschaftlichen Gruppierungen und Entscheidungsverhältnissen. (16)

Weiters der sogenannte „RIO-Bericht“ (Reshaping the International Order): (17) bislang – abgesehen von den erst abzuwartenden Ergebnissen der „Brandt-Kommission“ – der vielleicht umfassendste Versuch, im Sinne einer bewußt auch institutionell geforderten Reorganisation und Strukturierung der Weltwirtschaft als entscheidende und vorrangige Aufgabenstellung. Dies nicht etwa bloß auf Grund zeitlich bedingter konjunktureller Zwänge im Gefolge einer internationalen Krisenlage, sondern aus der grundsätzlichen Erkenntnis und Einsicht einer unumkehrbaren Verflechtung globaler wechselseitiger Interessen und Abhängigkeiten in einer zunehmend interdependenten Welt. Der Bericht zeigt kritisch auf, daß überkommene „Regelmechanismen“ und Ordnungsvorstellungen die Verwirklichung einer tragfähigen „neuen“ Ordnung im geforderten Sinne nicht mehr gewährleisten können; daß abstrakt mechanistische Vorstellungen wie internationales Gleichgewicht, wie freie Märkte und Freihandel einschließlich deren Institutionalisierung, an der tatsächlichen Herausforderung einer weltwirtschaftlichen Ordnung als ganzer scheitern müssen: an einer Weltwirtschaft verstanden als System mit ihren – so bliebe anzufügen – arteigenen, systemkonformen und demgemäß sachzuständigen Instanzen und Einrichtungen unter entsprechend organisierter Teilhabe aller Partner bzw. Glieder. Die langfristig, auf etwa zwei Generationen angelegte globale Strategie dieses Berichtes zielt gewissermaßen als Resultante der vorgestellten Maßnahmen auf eine allmähliche Angleichung weltwirtschaftlicher Verteilungsrelationen zwischen Industrie und Entwicklungsländern von heute etwa 13 : 1 auf 3 : 1 über eine Zeitspanne von rund vier Jahrzehnten.

Weniger umfassend und in seinem grundlegenden Anspruch an sich bescheidener nimmt demgegenüber sich der „offiziellere“ Problemerkatalog des „Nord-Süd-Dialoges“ im eigentlichen Sinne aus, wie er auf der 7. Sonderkonferenz der Vereinten Nationen (September 1975) bzw. der IV. UNCTAD-Konferenz (18) formuliert wurde. Die gegebene institutionell politische Verankerung dieses „Dialoges“ verleiht ihm jedoch unmittelbarerem Realitätsbezug als der mehr „intellektuellen“ Globalanalyse eines RIO-Berichtes. Reduziert auf seinen wirtschaftlich enge-

ren Kern beschränkt dieser Katalog sich im wesentlichen auf:

- die Rohstoffgrundlagen, einschließlich deren Kontrolle wie Regelungen und Vorkehrungen im internationalen Handel;
- die Organisation öffentlicher Entwicklungshilfe bzw. Mobilisierung und Transfer von Ressourcen im weiteren Sinne (einschließlich Technologie);
- die Verschuldung bzw. Verschuldungskapazität der Entwicklungsländer und deren Problematik.

Eingehender geprüft im Lichte aufgezeigter herkömmlicher Strategieansätze und -vorstellungen, erweist sich das Antlitz dieses Kataloges in vielem letztlich nicht so „neu“, es zeigt vielmehr gar manche alte Falten; ja nicht ganz ohne Sarkasmus wäre anzumerken, daß die Argumentationsrichtung etwa der IV. (weniger schrill zuletzt offensichtlich auf der V.) UNCTAD-Konferenz, mit einer so deutlichen Neubetonung von trade not aid im Gegensatz zum früheren aid not trade, gegenüber den tatsächlichen Erfordernissen einer weltwirtschaftlichen Neuordnung sich konzeptionell gewissermaßen rückwärtsgewandt habe.

An Hand nur einiger bezeichnender Aspekte des vorgestellten Forderungskataloges sei dies zugleich kritisch beleuchtet: so in einer z. T. radikal einseitigen, vornehmlich national gedachten Ressourcen- und Handelspolitik unter einem sehr absoluten, weltwirtschaftlich an sich widersprüchlichen Souveränitätsanspruch; in der Fixierung auf relative Austauschverhältnisse in durchaus orthodox-mechanistischer, im wesentlichen „horizontaler“ Sicht von Wechselbeziehungen über strukturelle wie technologisch bedingte Effizienzkriterien und Voraussetzungen hinweg; weiters in der Betonung international intensiverer „Arbeitsteilung“ im durchaus klassischen Sinne, strukturell weitgehend undifferenziert und mit einer, wie es scheint, eher wohl unreflektierten Ausrichtung auf grundlagenmäßig z. T. sehr anspruchsvolle Bereiche etwa tertiärer Natur, die unter gegebenen Voraussetzungen zu an sich noch vermehrter Exponierung und Abhängigkeit, denn zu verstärkter gegenseitiger Entsprechung tendieren.

„Entwicklung“ als umfassende Strategie bleibt zudem weitgehend orientiert am Materiellen, an Produktion bzw. Produktionsfaktoren und deren vorwiegend physisch betrachtetem Güterhaufen mit daran gemessenem „Nutzen“ oder auch Einkommen. An einer eigentlichen weltwirtschaftlichen Neukonzeption im Sinne eines zugleich politisch erhöhenden Programmentwurfes für einen auch institutionell der fortschreitenden Verflechtung und ihren Anforderungen gerecht werden-

den Ausbau der Weltwirtschaft wird damit weitgehend vorbeargumentiert: ausmündend letztlich in einer stark vergangenheitsgeprägten Vorstellung von Entwicklung nach Art – wie schon angedeutet – eines internationalisierten Industriekapitalismus für jedermann, (19) als einer mehr denn fragwürdigen, ja unrealistischen Vision einer wirklich tragfähigen „neuen“ weltwirtschaftlichen Ordnung.

Weltwirtschaft als arteigene Stufe und System

Meint man es ernst mit der Notwendigkeit eines „neuen“ strukturerechten Ausbaues der Weltwirtschaft als ein im überhöhenden Sinne arteigen zu sehendes und auch so organisiertes bzw. funktionierendes System mit ihm spezifisch zukommender Rangbestimmung, (20) bedeutet dies konsequenterweise auch die Forderung eines entsprechend systemkonformen institutionellen Ausbaues und Gefüges. Hierin zugleich stellt sich die Herausforderung und ein Anspruch im eigentlich weltwirtschaftlichen Sinne, als Notwendigkeit nämlich einer auch politisch überhöhenden Fundierung und Konsensformung weltweit: nicht bloß für die Durchsetzung einer wirkungsvolleren Entwicklungsstrategie an sich, sondern für die geistige wie pragmatische Bewältigung eines mit der Diskussion um eine neue Weltwirtschaftsordnung im Grunde global umfassenden und damit in besonderer Weise geschichtsträchtigen Umgliederungsprozesses. Wie dieser Prozeß im einzelnen sich vollzieht, wie letztlich sein realer Anblick, bleibt heute eine weithin bloß spekulative Frage; gewiß jedoch ist, daß er sich – in welcher Form immer – vollzieht; dies allein wohl rechtfertigt die Fragestellung bzw. Forderung nach alternativen Konzeptionen und Vorstellungsinhalten im Sinne zumindest eines Abstastens von Optionen anforderungsgerechter Strategien und Bedingungen eines weltweit verflochtenen Entwicklungsprozesses.

Es sei keine bloß vereinfachende Analogie, in dem Zusammenhange festzustellen, daß im gleichen Sinne wie die Volkswirtschaften im Laufe ihrer Entwicklung nach und nach ihr inneres strukturelles und institutionelles Gefüge formten und ausbauten, mit zunehmender Globalisierung wechselseitiger Beziehungen und Verflechtungen eben auch die Weltwirtschaft der ihren spezifischen Sacherfordernissen gemäßen Zuständigkeit von Institutionen bedarf: auch um den Preis einer damit wohl einhergehenden gewissen Einschränkung absoluter nationaler Souveränitätsansprüche; Ansprüchen, die an sich gegenüber dem

Begriff einer „Weltwirtschaftsordnung“ nicht frei von gewissem inneren Widerspruch sind.

So gesehen steht die Formierung einer Weltwirtschaft im arteigenen Sinne, verstanden nunmehr als System und gemessen an den Forderungen und Ansprüchen ihrer Neuordnung, eigentlich erst in den Anfängen ihres strukturkonformen Ausbaues, einschließlich ihrer stufenmäßig weiter sich aus- bzw. untergliedernden Anreicherung auch großräumig regional. Vielleicht läge gerade darin für Europa eine geistige wie geschichtliche Herausforderung und Aufgabe zugleich, sich in der ihm durch die Jahrhunderte immer wieder zufallenden Vorbildrolle neu zu bewähren, diese mit neuen Inhalten zu erfüllen.

Oftmals anklingende, im einzelnen allenfalls verständliche Kritik etwa hinsichtlich Kosten, Schwerfälligkeit und Effizienz internationaler Organisationen erscheint den tatsächlichen Erfordernissen gegenüber eher trivial. Aus jüngerer Wirtschaftsgeschichte unseres Jahrhunderts, insbesondere der dreißiger Jahre, wissen wir, welche letztlich – wenn so betrachtet überhaupt abschätzbar – die potentiellen „Kosten“ für das Fehlen eines den weltweiten Strukturerefordernissen und Aufgaben angepaßten, auch institutionell fundierten und konkret ausgeformten, nicht bloß abstrakten Instrumentariums sein können.

Gerade darin jedoch, in einer auch institutionell entsprechend sich konkretisierenden Fundierung und Ausformung einer nachkolonialen Weltwirtschaft unter „neuen“ Ordnungsvorstellungen liegt heute eine gewissermaßen für alle gleich schicksalhafte Forderung und Bewährung, soll diese als nachhaltig tragfähiges System im arteigenen Sinne sich verwirklichen und bestehen. (21)

Ein aktualisierender Epilog

Daß mit dem bisher grundsätzlich Ausgeführten nicht nur abstrakte Vorstellungen oder Spekulationen angesprochen wurden, mag u. a. der über die letzten Jahrzehnte – den einhergehenden weltwirtschaftlichen Verflechtungsprozeß mit zum Teil widerspiegelnde – stetige Ausbau von Organisationen und Einrichtungen im Rahmen der Vereinten Nationen zeigen; in wirtschaftlich institutioneller Hinsicht vielleicht besonders augenfällig im Finanzierungsbereich mit der weltweiten Zuständigkeit von Organisationen wie Internationaler Währungsfonds, Weltbank und die nach deren Muster inzwischen weiter ausgebauten regional dezentralisierten Entwicklungsbanken. Sie wur-

den – nicht zuletzt im Nachhall zu den dreißiger Jahren – geschaffen als Instrumente einer bewußteren und effizienteren Steuerung internationaler Finanzierungs- und Anpassungserfordernisse, sei es zum Auffangen kurz- bzw. mittelfristiger Zahlungsbilanzungleichgewichte, sei es mit Blick auf die längerfristige wirtschaftliche Entwicklung und deren Kapitalerfordernisse. Die Welt verstand diese Institutionen weitgehend sich zunutze zu machen; ihre Bewährungsprobe scheint nach nunmehr drei Jahrzehnten wohl bestanden.

Unmittelbar bedeutsam erwies diese institutionelle Bewährung sich erst jüngst, in der bisher vielleicht schwierigsten Anpassungsphase der Nachkriegszeit mit Ablöse des alten Weltwährungssystems und zugleich sich vollziehenden drastischen Umschichtungen im Gefolge der sogenannten „Ölkrise“. Der in solcher Situation mit dem spezifischen Instrumentarium dieser Institutionen zumindest relative Beitrag zu weltwirtschaftlicher Stabilisierung tendiert eher unterschätzt zu werden; nichtsdestoweniger wurde entscheidend wohl durch diese institutionell-organisatorisch gegebenen Voraussetzungen eine im Sinne geordneten Recyclings weitgehend kontrollierte Verkräftung ansonsten möglicherweise chaotischer Zahlungsbilanzeinbrüche unter weltweiten finanziellen Folgewirkungen mit gewährleistet.

In bezug auf die Entwicklungsländer im besonderen wie im Hinblick auch auf deren Wechselbeziehung zu den Industrieländern, versucht eine neuere Studie (22) – in gebotener Form erstmals – die vor allem finanziellen Anpassungsvorgänge und Verlagerungen seit Ablöse des „Bretton-Woods-Systems“ auch analytisch zu erfassen. Hierbei zeigt sich u. a., daß – gestützt auf weltweite institutionalisierte Rahmenbedingungen – die Entwicklungsländer insgesamt gesehen seither in verstärktem Maße zu sozusagen „neuartigen“ Partnern des internationalen Finanzierungssystems und seiner Mechanismen geworden sind, was mit als nicht unwesentlicher Faktor der Bewältigung einer bei anderen Voraussetzungen möglichen, wenn nicht sogar wahrscheinlichen, schwerwiegenden internationalen Finanzkrise anzusehen ist.

Generell sind die Entwicklungsländer im Prozeß dieser Anpassung innerhalb eines nur kurzen Zeitraumes zu bedeutenden Kreditnehmern des internationalen Kapitalmarkt- und Bankensystems (so etwa auf dem Eurowährungsmarkt) geworden, was nicht zuletzt, wie schon erwähnt, auch in verstärkter Repräsentation in internationalen Foren, Finanzinstitutionen und einschlägigen Entscheidungsinstanzen sich manifestiert. Zugleich mit dieser erweiterten Teilhabe am internatio-

nenal Finanzsystem und seinen Mechanismen wurden ihnen zusätzliche wirtschaftspolitische Möglichkeiten und Freiräume erschlossen, indem herkömmliche zahlungsbilanzbedingte Zwänge und Rigiditäten flexibler handhabbar wurden, was in besonderem Maße auf die potenteren Länder mit relativ höherem Einkommensniveau zutrifft.

Im Zuge dieser Entwicklung sind allerdings auch die Disparitäten innerhalb der Entwicklungsländer deutlicher noch hervorgetreten, indem

- die „reicheren“ (mit durchschnittlich jährlichem Pro-Kopf-Einkommen von US-Dollar 250,- und darüber) das zusätzlich sich bietende Arsenal wirtschaftspolitischer Flexibilität und eigenständiger Manövrierfähigkeit eben effizienter und dynamischer nutzen konnten für eine verstärkte Integration in das internationale Finanzsystem und damit weltwirtschaftliche Gefüge; so erzielten diese Länder in der z. T. krisengeschüttelten Phase von 1970 bis 1975 immerhin ein durchschnittliches reales Wachstum von rund vier Prozent (das somit eine deutliche Marge auch läßt über der einhergehenden Bevölkerungsentwicklung);
- die „ärmeren“ und „ärmsten“ (u. a. jene von der Ölkrise „Meistbetroffenen“) mit jährlichem Pro-Kopf-Einkommen von US-Dollar 250,- oder darunter – immerhin nahezu zwei Drittel der Bevölkerung der Entwicklungsländer repräsentierend, jedoch nur zu einem Viertel an deren Bruttosozialprodukt insgesamt bzw. gar nur zu rund einem Sechstel an deren Außenhandel partizipierend – in derselben Periode ein real überwiegend stagnierendes, zum Teil schrumpfendes Pro-Kopf-Einkommen aufweisen (und so sich auch ihre relative Exponierung und Verschuldung gegenüber dem internationalen Finanzsystem eher noch verschärfte).

Einige signifikante Daten mögen diesen internationalen und institutionell getragenen Anpassungsprozeß in der wirtschaftlich z. T. turbulenten ersten Hälfte dieses Jahrzehnts abrundend erhellen:

- Während zwischen 1970 und 1975 das konsolidierte Handelsbilanzdefizit der Entwicklungsländer sich etwa verfünffachte, stieg dessen Finanzierung aus institutionalisierten Quellen „traditioneller“ Art um wenig mehr als das Doppelte; gleichzeitig jedoch wuchs die unter dem „Bretton-Woods-System“ praktisch bedeutungslose Finanzierung aus neu zugänglichen, „unorthodoxen“ Quellen des internationalen Finanz- und Bankensystems absolut gesehen um weit über das Fünzigfache (oder anteilmäßig in Prozenten: von 0,4 Prozent auf rund 10 Prozent, während der „traditionelle“ Anteil von 10

auf etwa 7 Prozent schrumpfte).

- Weltwirtschaftlich vielleicht entscheidender noch, bedeutete die in den Entwicklungsländern von dieser so erweiterten finanziellen Bewegungsfreiheit ausgehende Stimulierung der Nachfrage einen zugleich in der Rezessionsperiode Mitte der siebziger Jahre nicht unbeträchtlichen zusätzlichen Wachstumsimpuls auch für die Industrieländer von schätzungsweise mehr als einem halben Prozent, mit entsprechend stabilisierender Wirkung für die Weltkonjunktur allgemein.
- Umgekehrt folgert aus derselben Analyse auch, daß ohne diese flexiblere und erweiterte finanzielle Manövrierfähigkeit sich in der rezessiven Phase für die Entwicklungsländer ein Einbruch in Form notwendiger Nachfrageanpassung von zwischen 5 bis 7 Prozent abgezeichnet hätte, der zweifellos nicht ohne gravierendere weltwirtschaftliche Rückwirkungen, nicht zuletzt in den Industrieländern selbst, geblieben wäre.

Diese aktuelle Analyse in Form einer lediglich exkurshaften Darstellung soll so illustrativ verdeutlichen, welchen Beitrag in einer konkret gegebenen weltwirtschaftlichen Situation selbst ein an sich noch unvollkommenes institutionelles Rüstzeug in einem positiv stimulierenden oder zumindest ausgleichend stabilisierenden Sinne zu leisten imstande ist.

Anmerkungen

- (1) The Economist, London, 10. Februar 1979, p. 31.
- (2) Vgl. die laufenden OECD-Jahresberichte: „Development Co-operation“. Efforts and Policies of the Members of the Development Assistance Committee, Paris (zuletzt November 1978).
- (3) UNIDO, Lima Declaration and Plan of Action on Industrial Development and Co-operation, Lima, March 1975.
- (4) C. Norman, Technologies for Mass Employment, economic Impact. A quarterly review of world economics 25 (1979), p. 31 ff.; vgl. auch „World Development Report 1978“, The World Bank, Washington D. C., August 1978, besonders Tabellen 13 und 14 (pp. 100 bis 103).
- (5) „Partners in Development“. Report by the Commission on International Development, New York, Washington, London 1969.
- (6) M. ul Haq, Seven Sins of Economic Planners, in: Development Planning and Policy in Pakistan 1950–1970, ed. by M. Baqai and I. Brecher, Karachi 1973.

- (7) Vgl. auch J. H. Pichler, Der Individualismus in der Wachstumstheorie und seine Folgen. Neue Ausblicke der Entwicklungspolitik, Zeitschrift für Ganzheitsforschung 18 (1974), S. 27 ff.
- (8) Vgl. u. a. A. Brusatti, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des industriellen Zeitalters, Graz, Wien, Köln 1967.
- (9) Vgl. A. Müller-Armack, Religion und Wirtschaft. Geistesgeschichtliche Hintergründe unserer europäischen Lebensform, Stuttgart 1959.
- (10) D. Ricardo, On the Principles of Political Economy and Taxation, London 1817.
- (11) Vgl. etwa: Imperialismus und strukturelle Gewalt, hrsg. von D. Senghaas, Frankfurt/Main 1973; darin u. a. der Beitrag von J. Galtung, Eine strukturelle Theorie des Imperialismus; ferner: Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung, hrsg. von D. Senghaas, Frankfurt/Main 1974.
- (12) Equilibrium and Growth in the World Economy. Economic Essays by Ragnar Nurkse, hrsg. von G. Haberler, Cambridge, Mass. 1962, daraus insbesondere „Balanced and Unbalanced Growth“ (1957) und „Patterns of Trade and Development“ (1959).
- (13) Vgl. u. a. A. Burghardt, Betriebs- und Arbeitssoziologie, 3. Aufl., Wien, Köln, Graz 1978, besonders S. 30 ff.
- (14) Siehe Anm. 5.
- (15) Zusammengefaßt im „Development Assistance Committee“ (DAC) der OECD.
- (16) Vgl. M. ul Haq, Der Wandel in der Kreditpolitik der Weltbank, Finanzierung & Entwicklung 15 (1978), S. 12 ff.; ferner J. H. Adler, Development theory and the Bank's development strategy – a review, Finance & Development 14 (1977), p. 31 ff.; sowie B. Hass – Hürni, Ländliche Entwicklung. Poverty-oriented Rural Development: The World Bank's Experience, Internationale Entwicklung (1978/IV), S. 49 ff.
- (17) Vgl. J. Tinbergen et al., Reshaping the International Order, Amsterdam 1976 (in deutsch: Wir haben nur eine Zukunft. Reform der internationalen Ordnung, Opladen 1977); weiters, mit einer allerdings wachstumsbetonterer Nuancierung; A. O. Herrera – H. D. Skolnik et al., Grenzen des Elends. Das Bariloche-Modell: So kann die Menschheit überleben, Frankfurt/Main 1977.
- (18) Vgl. u. a. UN, Grundlegende Dokumente für die Siebente Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen über Entwicklung und Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit, o. O. 1975, besonders „Aktionsprogramm über die Entwicklung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung“.

- (19) Siehe auch UNIDO, Lima Declaration (Anm. 3).
- (20) Vgl. als schon früher systematischen Ansatz hierzu O. Spann, Die Weltwirtschaft nach individualistischen und universalistischen Lehrbegriffen, *Weltwirtschaftliches Archiv* 30 (1929). Wiederabdruck in: Othmar Spann Gesamtausgabe, 7. Bd., Graz 1969, S. 75 ff.; ferner J. H. Pichler, Entwicklung und Entwicklungsstrategien vor den Konturen einer neuen Weltwirtschaftsordnung, in: *Internationale Entwicklung* (1977/I), S. 44 ff.
- (21) Vgl. auch T. Dams, *Weltwirtschaft im Umbruch. Konfrontation oder Kooperation mit der Dritten Welt* (= Ploetz Taschenbücher zum Zeitgeschehen 5) Freiburg, Würzburg 1978, besonders S. 72 ff.
- (22) *LDC Balance of Payments Policies and the International Monetary System*, World Bank Staff Working Paper, No. 226 (1976).